

Entlastungen und Inflationsschutz für die breite Mitte der Gesellschaft

Positionspapier der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Versäumnisse der letzten Jahre bei der langfristigen Struktur unserer Energieversorgung und die Probleme, die nach zwei Jahren Pandemie aufgelaufen sind, stellen uns vor gravierende Herausforderungen: hohe Inflationsraten, Lieferkettenschwierigkeiten und weltweite ökonomische Unsicherheiten belasten die Bürgerinnen und Bürger und unsere Wirtschaft nach wie vor schwer. Ganz akut und massiv gilt dies für die steigenden Energiepreise, die zudem drohen, die Inflation weiter anzutreiben.

Als zusätzliche Herausforderung müssen wir die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen unbedingt im Blick behalten. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Gebot der Verfassung. Zudem können pauschale staatliche Ausgabenprogramme oder Einmalzahlungen die Inflation weiter anheizen – der Staat darf aber nicht selbst Inflationstreiber werden. Solides Haushalten heißt auch in herausfordernden Zeiten, die Mittel, die dem Staat zur Verfügung stehen, zielgerichtet und nachhaltig einzusetzen. Denn eins ist klar: Die Einhaltung der Schuldenbremse in der Vergangenheit hatte erst den finanziellen Spielraum geschaffen, um auf die Pandemie und den Ukraine-Krieg reagieren zu können. Jetzt gilt es, mit soliden und generationengerechten Staatsfinanzen die Gestaltungsräume zu schaffen, um Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur und Klimaneutralität zu ermöglichen und so den Folgen von Krieg und Pandemie zu begegnen. Denn wir haben es mit bleibenden Herausforderungen zu tun: Die Inflationsrate liegt bereits über einen längeren Zeitraum auf einem hohen Niveau, höher als lange angenommen. Die Zinskosten steigen, die Energie- bzw. Strompreise werden kurzfristig nicht massiv sinken, jedenfalls solange nicht, solange wir nicht erheblich mehr Energie produzieren und aus verlässlichen Bezugsquellen importieren.

Die Ampel-Koalition hat bereits zwei Entlastungs- und Unterstützungspakete beschlossen und über ein drittes laufen gerade die Beratungen. Bisher wurden bereits 31 Mrd. Euro Entlastungen erreicht. Maßnahmen wie die Anhebung des Grundfreibetrags, die vorgezogene Erhöhung der Entfernungspauschale oder die Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags entlasten alle Steuerpflichtigen dauerhaft, insbesondere viele Selbstständige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei den Mobilitätskosten wurden zudem Menschen temporär entlastet, die nicht ohne Weiteres höhere Preise bei Transport und Verkehr

verkräften konnten. Ein bundesweit einheitliches und einfaches digitales ÖPNV-Ticket wollen wir auch ohne die dauerhaft nicht mögliche staatliche Preissubvention verstetigen. Auch weitere Unterstützungen für Erwerbstätige und Familien wirken, wie auch der dauerhaft wichtige und überfällige Wegfall der EEG-Umlage beim Strom. Und mit Instrumenten wie der degressiven Abschreibung und der erweiterten Verlustverrechnung verbessern wir die Liquidität von Unternehmen. All das haben wir erreicht, damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Im laufenden Haushaltsjahr sollten etwaige weitere einmalige staatliche Unterstützungen als Krisenmaßnahmen vor dem kommenden Winter aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten auf diejenigen, selbstverständlich auch Rentnerinnen und Rentner sowie Studentinnen und Studenten, konzentriert werden, die sie besonders benötigen. Sollten die Tarifpartner sich in Reaktion auf Energiepreise und Inflation zudem auf Einmalzahlungen als Krisenmaßnahmen verständigen – was in vielen Unternehmen diskutiert wird –, wäre aus Sicht der Fraktion Freien Demokraten denkbar, diese durch Steuer- und Sozialabgabefreiheit zu unterstützen.

Das Entlastungspaket III darf auf keinen Fall ein Sammelsurium sein, sondern sollte aus einem Paket von wenigen, aber gut aufeinander abgestimmten und wirksamen sowie unbürokratischen Maßnahmen bestehen. Denn gerade in Krisenzeiten brauchen wir Klarheit und Nachvollziehbarkeit. Dabei müssen nun insbesondere die steigenden Preise bei Energie und Strom und die Inflation in den Blick genommen werden, die die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen insbesondere im kommenden Winter neben der schieren ausreichenden Verfügbarkeit von Gas vor erhebliche finanzielle Herausforderungen stellen. Gas und Strom müssen für Haushalte und Betriebe ausreichend zur Verfügung stehen – und sie müssen sie sich leisten können. Politische Maßnahmen werden nicht jede Zumutung nehmen und nicht jede Belastung ausgleichen können – aber ohne Entlastungen wird nicht es nicht gehen. Unser Ziel war und ist es dabei, nicht nur einzelne Gruppen in den Blick zu nehmen, sondern auch die breite Mitte der Gesellschaft, im Besonderen kleine und mittlere Einkommen. Für uns bedeutet Entlastung grundsätzlich, dass der Staat den Bürgerinnen und Bürgern weniger wegnimmt – nicht, dass er viel wegnimmt und dann verteilt. Zudem muss die Solidargemeinschaft zielgenau denen helfen, die auf unser aller Unterstützung angewiesen und die auf steigende Lebenshaltungskosten nicht reagieren können. Und nur strukturelle Entlastungen sind nachhaltige Entlastungen. Staatliche Einmalzahlungen hingegen wirken nur zu einem definierten Zeitpunkt und bieten keine längerfristige Planungssicherheit.

Folgende Ansatzpunkte sind daher aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten in den kommenden Wochen vordringlich:

- Es ist schlichtweg eine Frage der Gerechtigkeit, dass sich der Staat nicht inflationsbedingt an den Lohnsteigerungen der arbeitenden Mitte bereichern darf. Bauen wir die kalte Progression nicht ab, kommt dies einer Steuererhöhung durch Unterlassung gleich –obwohl Steuern und

Abgaben in Deutschland bereits zu den höchsten der Welt gehören. Das wäre gerade in der aktuellen Lage fatal und unfair gegenüber Leistungsträgern unserer Gesellschaft wie Facharbeitern, Ingenieurinnen, Softwareentwicklerinnen oder Krankenpfleger. Für uns ist der Abbau der kalten Progression ein zentrales Element, um die Bürger nachhaltig vor Mehrbelastungen zu schützen. Mit dem von Bundesfinanzminister Christian Lindner vorgeschlagenen Inflationsausgleichsgesetz werden der Grundfreibetrag und die Tarifeckwerte des Einkommensteuertarifs angepasst, um die kalte Progression in der Einkommensteuer auszugleichen. So verhindern wir alleine im Jahr 2023 bei 48 Mio. Bürgern eine Belastung von 10 Mrd. Euro. Hiervon profitieren kleine und mittlere Einkommen überproportional.

- Staatliche Maßnahmen müssen im Lichte der aktuellen Arbeitsmarktsituation zunächst darauf hinwirken, dass sich Arbeit lohnt und die breite Mitte ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten kann. Transferzahlungen müssen gezielt die wirklich Bedürftigen unterstützen. Steigende Heizkosten werden in der Grundsicherung zu Recht komplett übernommen und der Regelsatz automatisch auf Basis der Inflation angepasst, um Haushalte nicht in existenzielle Notlagen zu bringen. Dies muss auch für das neue Bürgergeld gelten. Allerdings wollen wir die Grundsicherung fairer und aufstiegsorientierter ausgestalten, indem wir neue Anreize für eigene Zuverdienste setzen. Für Menschen mit geringen Einkommen arbeiten wir zudem an einer gezielten Unterstützung über ein reformiertes Wohngeld, das den Kreis der Berechtigten auch erweitert.
- Damit es nicht zu Strukturbrüchen durch die Energie- und Gaspreissteigerungen kommt, brauchen wir jetzt neben dem Entlastungspaket auch entschlossene energiepolitische Maßnahmen, die die Knappheit an den Strom- und Gasmärkten abschwächen.

Bei der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sollten der Abbau der kalten Progression perspektivisch als nachhaltige Maßnahme verstetigt werden, um heimliche Steuererhöhungen zu verhindern. Wir brauchen künftig einen echten Tarif auf Rädern, der automatisch den Einkommensteuertarif an die Inflationsentwicklung anpasst. Hierbei sollten auch Freibeträge, Freigrenzen und Schwellenwerte regelmäßig überprüft und flexibel angepasst werden. Doch auch dann ist der Einkommensteuertarif immer noch leistungsfeindlich und ungerecht. Zu früh müssen selbst Facharbeiterinnen und Facharbeiter den Spitzensteuersatz für einen Teil ihres Einkommens zahlen. Zu früh steigt die Progression im Tarif zu schnell an. Wir setzen uns daher weiter dafür ein, Mehrheiten davon zu überzeugen, die breite Mitte durch einen Abbau des Mittelstandsbauches auch langfristig zu entlasten.